wie sie durchschnittliche VersN verstehen können und wie sie auch gemeint sein dürften: Die Haftpflicht- in der Haushaltsversicherung deckt grundsätzlich auch Verpflichtungen, die dem VersN aus einer privaten Sportausübung erwachsen. Dass die Ausübung einer bestimmten Sportart mit höheren Risiken verbunden ist, als dies gemeinhin mit sportlichen Betätigungen der Fall ist, tut dem keinen Abbruch. Die mit der jeweiligen Sportart verbundenen Gefahren des täglichen Lebens müssen weiters nicht etwa tagtäglich auftreten (was den Versicherungsumfang vermutlich drastisch reduzieren würde, weil nur vergleichsweise wenige VersN jeden Tag sportlich aktiv sein dürften). Es genügt schon, wenn sie nur fallweise, bspw nur am Wochenende, eintreten. Und das Ergebnis, nämlich die Deckungspflicht für „Hochgebirgstouren“, steht einem Gebirgsland wie Österreich nicht schlecht an. Zu ergänzen ist hier nur, dass sich die Deckungspflicht selbstverständlich auch auf sportliche Touren und Wanderungen in weniger gefährlichen Gegenden erstreckt, sei dies nun im Gebirge, sei dies im Wald, sei dies in der Ebene oder sei dies auch für sportliche Betätigungen zu Wasser.

Zum Zweiten macht es nach der vorliegenden Entscheidung keinen Unterschied, ob der VersN nun ständig und geplant als Tourenführer auftritt oder ob er nur aus Gefälligkeit tätig wird und aus dieser Gefälligkeit Haftungsrisiken entstehen. Die Haftpflichtversicherung deckt also keineswegs nur Situationen ab, in denen dem Teilnehmer an einer Tour ungeplant und nicht abgesprochen Führungsaufgaben zuwachsen. Auch Tourenführer, die diese Aufgabe ständig und planmäßig – wenngleich nicht gewerbs- bzw berufsmäßig – übernehmen, genießen den Versicherungsschutz aus der Haushaltsversicherung. Gegen diese Gleichstellung mag man einwenden, dass der gleichsam „ehrenamtliche“ Tourenführer höhere Risiken auf sich nimmt als der bloße Tourenführer „aus Gefälligkeit“. Das ist freilich nicht zwingend. Auch wird man annehmen können, dass ein geschulter und routinierter Ski- und Bergtourenführer im Allg schon aufgrund seines Wissens und seiner Erfahrung weniger Risiken generiert als ein nur im Einzelfall „aus Gefälligkeit“ in die Pflicht genommener Tourengerher.

Was die Entscheidung zum Dritten auszeichnet, ist ihre Bedeutung für die Haushaltsversicherung im Allg.

Hier handelt es sich um eine im wahrsten Sinn des Worts Massenversicherung, die – ohne gesetzliche Versicherungspflicht – außerordentlich hohe Verbreitung gefunden hat. Die überaus hohe Beliebtheit dieses „Versicherungsprodukts“ und seine Akzeptanz in der Bevölkerung generieren aber auch gewisse Verpflichtungen der Anbieter. Vor allem gilt das für den Deckungsumfang, der die gewöhnlichen, „normalen“ Haftungsrisiken der Bevölkerung abdecken sollte. Hier gibt die Rsp den Versicherern auch mit der vorliegenden Entscheidung ein wichtiges Signal dafür, auf welche Leistungen und auf welchen Deckungsumfang die VersN legitimerweise vertrauen können.

Georg Kathrein

Anmerkung II:

Österreich ist ein Land der Vereine. Hunderttausende Ehrenamtliche übernehmen unbezahlt in ihrer Freizeit Aufgaben in verantwortlicher Position. Es ist daher recht und billig, wenn der OGH auch das entgeltfreie Begleiten eines Vereinsführers für Vereinsmitglieder unter den Versicherungsschutz der privaten Haushaltsversicherung stellt. Im Tiroler Bergsportführergesetz (TBSFG) LGBl 1998/7, zuletzt geändert durch LGBl 2014/71, ist in § 2 Abs 3 normiert, dass in- und ausländische Vereine Bergsportführertätigkeiten ausüben dürfen, wenn das Führen und Begleiten von alpinen Touren für Mitglieder und ausschließlich durch Mitglieder des betreffenden Vereins ausgeübt wird und weder den Mitgliedern, die eine solche Tätigkeit ausführen, noch dem betreffenden Verein ein den Aufwand übersteigendes Entgelt zukommt. Auch das Salzburger Bergsportführergesetz (S.BFG) LGBl 2011/24 enthält in § 1 Abs 2 Z 4 eine ähnliche Bestimmung. Die jeweiligen Landesgesetzgeber haben es also für notwendig erachtet, eigens eine solche Ausnahmebestimmung für durch Mitglieder im Rahmen alpiner Vereine geführte Bergtouren in die jeweiligen Gesetze aufzunehmen. Dies zeigt die gesellschaftliche Relevanz dieser ehrenamtlichen von Instruktoren ausgeführten Tätigkeiten. Die Entscheidung ist daher zu begrüßen und verschafft Rechtssicherheit für Vereine und deren Funktionäre.

Andreas Ermacora,

RA in Innsbruck, am Verfahren beteiligt

→ Mitverschulden bei Kreuzungskollision infolge verdeckten Vorrangzeichens

§§ 1304, 1311 ABGB; § 52 lit c Z 23, § 90 Abs 1 und 3 StVO

→ Die in einem gem § 90 Abs 1 und 3 StVO erlassenen Bescheid enthaltenen Auflagen sind Schutznormen iSd § 1311 ABGB.

→ Gleichteilige Mithaftung eines Bauunternehmers für die Folgen eines Verkehrsunfalls, weil ein mobiler

Baucontainer („Bauwohnen“) – in Verletzung einer Auflage im behördlichen Bewilligungsbescheid für die Straßenbauarbeiten – das am Kreuzungsbeginn angebrachte Vorrangzeichen verdeckte, was zu einer Fehleinschätzung der Vorrangsituation („unklare Verkehrslage“) durch eine benachrangte Autolenkerin führte.

[Wiederherstellungsarbeiten durch Baufirma]

Die bekP führte damals in Wien nach Kabelarbeiten notwendig gewordene Wiederherstellungsarbeiten auf den betroffenen Fahrbahnen und Gehsteigen durch. Grundlage für diese Bauarbeiten war der Bescheid

ZVR 2015/129

§§ 1304, 1311 ABGB; § 52 lit c Z 23, § 90 Abs 1 und 3 StVO

OGH 9. 7. 2014, 2 Ob 212/13k (LGZ Wien 29. 5. 2013, 36 R 353/12x; BG Fünfhaus 12. 8. 2012, 11 C 1861/11 p)

Sachverhalt:

[Tag und Ort des Unfalls]

Am 15. 9. 2008 ereignete sich an der Kreuzung der M-Gasse mit der S-Straße in Wien ein Verkehrsunfall, an dem die Kl und X als Lenker ihrer Pkw beteiligt waren.

der MA 46 v 15. 7. 2008, in dem ein Zeitrahmen v 1. 8. 2008 bis 19. 12. 2008 vorgesehen war. Als einer der Baustellenorte wurde darin auch die erwähnte Kreuzung genannt. Zu diesem Bereich wurde unter „Bedingungen und Auflagen“ als Pkt 4 festgehalten: „Außerhalb der Arbeitszeit sind Behinderungen jeglicher Art zu vermeiden.“

[Aufgestellter Baucontainer unmittelbar vor Kreuzung]

Am Freitag, 12. 9. 2008, wurden Arbeiten am Gehsteig der M-Gasse unmittelbar vor der Kreuzung mit der S-Straße durchgeführt. Da die Arbeiten an diesem Tag nicht beendet werden konnten und in der folgenden Woche fortgesetzt werden sollten, stellten die Arbeiter der bekLP den „mobilen Baucontainer“, der ihnen zum Umziehen und zum Aufenthalt in den Arbeitspausen diente, neben dem letzten Einsatzort am Fahrbahnrand ab. In dieser Position stand der 4,2 m lange, 2,15 m breite und 3,2 m hohe Container so nahe vor dem am Gehsteig angebrachten Vorschriftszeichen „Vorrang geben“ (§ 52 lit c Z 23 StVO), dass sich das Ende der 2 m langen Deichsel nur ca 50 cm von diesem Verkehrszeichen entfernt befand. Halterin des Containers war die bekLP.

Vorrangtafel verdeckt –
Baufirma haftet für sicht-
behindernd aufgestellten
Baucontainer.

[Unfallhergang]

Am darauffolgenden Montag wurde wegen Schlechtwetters nicht gearbeitet. Die Kl fuhr gegen Mittag in der M-Gasse auf die Kreuzung mit der S-Straße zu. Sie kannte sich dort nicht aus, hatte aber dem Stadtplan entnommen, dass sie nach rechts in die S-Straße einbiegen werde müssen. Vor Erreichen des sich aus ihrer Sicht am rechten Fahrbahnrand befindlichen Containers hielt sie zunächst eine Geschwindigkeit von 30 km/h ein, die sie in weiterer Annäherung an die Kreuzung stark reduzierte. Dabei konnte sie das für sie geltende Vorrangzeichen zunächst nicht erkennen, da es durch den Baucontainer vollständig verdeckt war. Sie ging davon aus, dass sie als Rechtskommende gegenüber den in der S-Straße von links kommenden Fahrzeugen bevorrangt sei, und richtete ihre ganze Aufmerksamkeit auf den von rechts kommenden Verkehr. Auf allenfalls hinter dem Baucontainer stehende, durch diesen verdeckte Verkehrszeichen achtete sie nicht. Die Kl ist, „ohne anzuhalten“, mit 10 km/h in die Kreuzung eingefahren. Dabei kam es zur Kollision mit dem von links kommenden Fahrzeug des X, das sie zuvor nicht wahrgenommen hatte. Die Kl hätte das Vorrangzeichen erkennen können, wenn sie den Container in Schrittgeschwindigkeit passiert und unmittelbar nach dem Container zum rechts gelegenen Gehsteig geschaut hätte.

[Beiderseitiges Prozessvorbringen]

Die Kl beehrte den Ersatz ihres mit € 7.093,19 sA bezifferten Schadens sowie die Feststellung der Haftung der bekLP für alle künftigen Schäden aus dem Unfall. Sie brachte vor, das Alleinverschulden treffe die bekLP, weil sie den Baustellencontainer nicht ordnungsgemäß abgestellt habe. Der Container habe das Vorrangzei-

chen verdeckt, weshalb sie von ihrem Rechtsvorrang ausgegangen sei.

Die bekLP wandte ein, die Kl hätte bei ausreichender Sorgfalt das Vorrangzeichen erkennen können. Sie wäre beim Vorbeifahren an dem Container zu erhöhter Aufmerksamkeit verpflichtet gewesen, um darauf zu achten, ob danach ein Verkehrszeichen aufgestellt sei.

[Entscheidungen der Vorinstanzen]

Das ErstG entschied mit ZwischenU, dass das Leistungsbegehren dem Grund nach zu 50% zu Recht besteht, und gab in diesem Umfang auch dem Feststellungsbegehren statt.

Das von beiden Parteien angerufene BerG änderte dieses U dahin ab, dass es das Leistungsbegehren im Umfang von € 5.319,89 sA und das Feststellungsbegehren im Umfang von 75% abwies. Dem restlichen Feststellungsbegehren gab es mit ZwischenU „dem Grund nach“ statt; im Umfang des verbleibenden Leistungsbegehrens von € 1.773,30 sA wurde das erstinstanzl U aufgehoben.

Der OGH gab der Rev der klP tw, jener der bekLP zur Gänze Folge; ebenso dem Rek der klP.

Mit Teil- und ZwischenU erkannte er das Leistungsbegehren als dem Grund nach zu 50% zu Recht bestehend; das auf € 3.546,60 sA lautende Leistungsmehrbegehren wurde abgewiesen; ebenso das Feststellungsbegehren im Umfang von 50%. Im Übrigen – hins der weiteren Aussprüche über das Feststellungsbegehren – werden die U der Vorinstanzen aufgehoben und die Rechtssache in diesem Umfang zur neuerlichen Entscheidung nach Verfahrensergänzung an das ErstG zurückverwiesen.

Aus den Entscheidungsgründen:

[Zur Rev und zum Rek der Kl]

Die Kl vertritt weiterhin den Standpunkt, sie habe mangels Sichtbarkeit des Vorrangzeichens von ihrem Rechtsvorrang ausgehen dürfen. Es sei keineswegs üblich, dass vor jeder Kreuzung ein Vorrangzeichen angebracht sei. Die Forderung, nach einem solchen Vorschriftszeichen „geradezu suchen“ zu müssen, überspanne ihre Sorgfaltspflicht. Der Container könne aufgrund seiner Höhe von 3,2 m nicht mit einem herkömmlichen Kfz verglichen werden. Eine Verletzung des § 24 Abs 1 lit g StVO müsse deshalb schwerer wiegen als eine solche des der Erleichterung des Einbiegens dienenden § 24 Abs 1 lit d StVO. Die bekLP habe auch ihre Verkehrssicherungspflichten und die Bescheidauflagen verletzt. Ein allfälliges Mitverschulden der Kl rücke dagegen so weit in den Hintergrund, dass es zu vernachlässigen sei.

Hierzu wurde erwogen:

[Zum Verschulden der bekLP; Bescheidauflagen sind Schutzgesetze]

Wird durch Arbeiten auf oder neben der Straße der Straßenverkehr beeinträchtigt, so ist hierfür unbeschadet sonstiger Rechtsvorschriften eine Bewilligung der Beh erforderlich. Die Bewilligung ist – unter bestimmten Voraussetzungen – auf Antrag des Bauführers zu erteilen (§ 90 Abs 1 StVO). Gem Abs 3 dieser Bestim-

mung ist die Bewilligung unter Berücksichtigung der Art und des Umfangs der Bauführung und der Verkehrsbedeutung der Straße zur Wahrung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs bedingt, befristet oder mit Auflagen zu erteilen. Diese Vorschriften sind Schutznormen iSd § 1311 ABGB, deren Schutzzweck auf die Hintanhaltung aller möglichen von Straßenbauarbeiten ausgehenden Gefahren für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer gerichtet ist. Auch die in einem gem § 90 Abs 1 und 3 StVO erlassenen Bescheid enthaltenen Auflagen sind solche Schutznormen (2 Ob 157/09 s mwN; RIS-Justiz RS0027415; RS0027488).

[Verbot des § 24 Abs 1 lit g StVO gilt auch für Baucontainer]

Im vorliegenden Fall enthielt der Bewilligungsbescheid für die Arbeiten im Unfallbereich die Auflage, dass außerhalb der Arbeitszeit „Behinderungen jeglicher Art“ zu vermeiden sind. Diese weit gefasste Formulierung schließt die Verpflichtung zur Beachtung aller sonstigen der Verkehrssicherheit dienenden Schutznormen der StVO mit ein. Zu diesen gehört auch § 24 Abs 1 lit g StVO, wonach das Halten und Parken verboten ist, wenn durch das haltende und parkende Fahrzeug der Lenker eines anderen Fahrzeugs gehindert wird, Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs, wie etwa Straßenverkehrszeichen (§ 31 Abs 1 StVO), rechtzeitig wahrzunehmen (vgl 1 Ob 33/80 SZ 54/12).

Nach den Feststellungen haben die Arbeiter der beklP den 2,15 m breiten und 3,2 m hohen „mobilen Baucontainer“ (die beklP bezeichnete ihn als „Bauwohnen“; nähere Feststellungen, die eine kraftfahrrechtliche Zuordnung ermöglichen würden, liegen nicht vor) außerhalb der Arbeitszeit – bezogen auf den Aufbau – nur 2,5 m vor dem am Gehsteig der M-Gasse angebrachten Vorrangzeichen abgestellt, sodass er dieses für einen herannahenden Fahrzeuglenker zunächst zur Gänze verdeckte.

[Zurechnung des Fehlverhaltens der Arbeiter an die Baufirma]

Damit hat die beklP, der das Fehlverhalten ihrer Arbeiter unstrittig zuzurechnen ist, jedenfalls gegen die erwähnte Auflage des Bescheids v 15. 7. 2008, somit gegen eine die Wahrung der Verkehrssicherheit bezweckende Schutznorm verstoßen, weshalb es auch nicht darauf ankommt, ob § 24 Abs 1 lit g StVO bei Abstellen eines „mobilen Baucontainers“ unmittelbar anzuwenden ist. Dieser Verstoß hinderte die Kl an der richtigen Beurteilung der Vorrangsituation, was in weiterer Folge zu einem Verkehrsunfall und den streitgegenständlichen Schadensfolgen führte. Den ihr obliegenden Nachweis, dass dieser Schaden auch im Fall vorschriftsmäßigen Verhaltens eingetreten wäre (vgl RIS-Justiz RS0112234 [T 14]), hat die beklP nicht erbracht. Denn selbst wenn die Kl, wie die beklP behauptet, vor Einfahrt in die Kreuzung noch angehalten haben sollte, steht dennoch fest, dass sie in der irrigen Annahme ihres Rechtsvorrangs ihre ganze Aufmerksamkeit nach rechts gerichtet und aus diesem Grund

das von links kommende bevorrangte Fahrzeug übersehen hat.

[Zum Mitverschulden der Kl; Anbringungs Vorschriften für Verkehrszeichen]

Der Lenker eines Fahrzeugs hat seine Aufmerksamkeit auch darauf zu richten, dass er die gesetzmäßig angebrachten Straßenverkehrszeichen wahrnimmt (8 Ob 28/80 ZVR 1980/343; RIS-Justiz RS0074863). Straßenverkehrszeichen sind gem § 48 Abs 1 StVO in einer solchen Art und Größe anzubringen, dass sie von den Lenkern herannahender Fahrzeuge leicht und rechtzeitig erkannt werden können, wobei sie nach Abs 3 dieser Bestimmung – von hier nicht relevanten Ausnahmen abgesehen – auf der rechten Straßenseite oder oberhalb der Fahrbahn anzubringen sind. Hier ist nicht strittig, dass das Vorrangzeichen nach § 52 lit c Z 23 StVO entsprechend den dafür bestehenden Bestimmungen angebracht war.

[Wenn Verkehrszeichen nicht wahrgenommen werden konnte, Verhalten rechtswidrig, aber nicht schuldhaft]

In Fällen, in denen einem Verkehrsteilnehmer ein Verkehrszeichen überhaupt nicht zur Kenntnis gelangen konnte, weil es etwa infolge äußerer Gewalteinwirkung umgestürzt (8 Ob 218/82 ZVR 1983/338) oder von Bauarbeitern entfernt worden (2 Ob 13/91) war, bleibt die ordnungsgemäß kundgemachte V zwar wirksam, deren Übertretung ist dem Verkehrsteilnehmer aber mangels Verschuldens nicht vorwerfbar (RIS-Justiz RS0075188). Wäre hier ein vergleichbarer Sachverhalt zu beurteilen, würde dies im Verhältnis zwischen den Streitparteien bedeuten, dass die Kl an der Fehleinschätzung der Vorrangsituation kein Mitverschulden traf.

[Schrittgeschwindigkeit bei unklarer Vorrangsituation]

Nach den Feststellungen der Vorinstanzen war der Kl, als sie sich in der M-Gasse der Kreuzung mit der S-Straße näherte, die Sicht auf jenen Teil der rechten Straßenseite, auf dem mit einem gesetzmäßig angebrachten Vorrangzeichen zu rechnen war, durch den „mobilen Baucontainer“ verdeckt. Solange sie diesen Bereich nicht einsehen konnte, durfte sie nicht ohne Weiteres davon ausgehen, dass ein solches Vorschriftszeichen nicht vorhanden ist. Dem hätte sie bei der Einschätzung der – für sie insoweit unklaren – Vorrangsituation Rechnung tragen müssen. Hätte sie ihre Geschwindigkeit auf Schritttempo reduziert und ihre Aufmerksamkeit nach Passieren des Containers nach rechts gerichtet, hätte sie das Vorrangzeichen wahrnehmen können. Dies von der Kl zu verlangen, bedeutet keine Überspannung der Sorgfaltspflicht. Nach stRsp des OGH erfordert eine rechtzeitig erkennbare unklare Verkehrslage, wie sie hier infolge des sichtbehindernd abgestellten Containers gegeben war, nicht nur besondere Vorsicht und Aufmerksamkeit, sondern auch Bremsbereitschaft und die Einhaltung einer entsprechenden Geschwindigkeit (RIS-Justiz RS0073128). Zu Recht sind die Vorinstanzen demnach davon ausgegangen, dass die Kl, die die gebotene Vorsicht und Aufmerksamkeit nicht obwalten ließ, ein Mitverschulden zu verantworten hat. →

[Gleichteiliges Verschulden]

Bei der Aufteilung des Verschuldens entscheiden vor allem der Grad der Fahrlässigkeit des einzelnen Verkehrsteilnehmers, die Größe und Wahrscheinlichkeit der durch das schuldhafte Verhalten bewirkten Gefahr und die Wichtigkeit der verletzten Vorschriften für die Sicherheit des Verkehrs im Allg und im konkreten Fall (2 Ob 19/12 a mwN; RIS-Justiz RS0027389; RS0026861). Bei Gegenüberstellung des beiderseitigen Fehlverhaltens erscheint der vom BerG der beklP zugemessene Verschuldensanteil von einem Viertel doch deutlich zu gering. Nach Auffassung des Sen wiegt die-

ses Verschulden nicht weniger schwer als die Sorgfaltsverletzung der Kl, wurde die Verkehrssicherheit durch den Verstoß gegen die behördliche Auflage doch erheblich beeinträchtigt. Dem ist durch die schon vom ErstG für sachgerecht gehaltene Verschuldensteilung im Verhältnis von 1:1 Rechnung zu tragen. Eine schematische Heranziehung von Grundsätzen der zu § 24 Abs 1 lit d StVO ergangenen Rsp kommt schon wegen des Einzelfallcharakters jeder Verschuldensabwägung nicht in Betracht.

[...] In tw Stattgebung der Rev der Kl sind daher die Aussprüche des BerG iS eines gleichteiligen Verschuldens abzuändern. [...]

Anmerkung:

1. Ein durchaus alltäglicher Fall: Sorglose Bauarbeiter stellen den Baucontainer so ab, dass die Lenkerin eines herannahenden Fahrzeugs das Vorrangzeichen nicht wahrnehmen kann, das jedenfalls nicht tut. Sie achtet deshalb auf der Kreuzung allein auf den Rechtsverkehr und kollidiert mit einem anderen Kfz, wodurch die (unachtsame?) Lenkerin einen Schaden erleidet. Zu beurteilen war die Haftungsaufteilung zwischen geschädigter Lenkerin und Bauunternehmen.

2. Im Ausgangspunkt überraschend ist der Satz: Der bekl Baufirma ist „das Fehlverhalten ihrer Arbeiter unstrittig zuzurechnen“. Diese mag keine Einwendung erhoben haben. Wenn es sich freilich um schlichte Gehilfen und keine Organe bzw Repräsentanten handelte, ist das alles andere als auf der Hand liegend. Immerhin geht es um einen deliktischen Schadenersatzanspruch, bei dem die Zurechnung des Gehilfenverhaltens nach § 1315 ABGB zu beurteilen ist, mit der Folge, dass der Geschäftsherr, hier das Bauunternehmen, bloß für untüchtige und – bloß bei Wissen – auch für gefährliche Gehilfen einzustehen hat.

3. Der OGH hat offengelassen, ob § 24 Abs 1 lit g StVO, der das Halten und Parken von Kfz verbietet, wodurch Verkehrszeichen verdeckt werden, analog auf einen mobilen Baucontainer anzuwenden sei. ME sind keine Argumente auffindbar, die gegen einen solchen Analogieschluss sprechen. Da aber schon die Auflage im Bescheid der MA 46 als derartiges Schutzgesetz anzusehen war, kam es darauf nicht (mehr) an.

4. Den Feststellungen des ErstG ist zu entnehmen, dass die Lenkerin unkundig war und ihre Geschwindigkeit von 30 km/h bei Annäherung an die Kreuzung stark reduzierte. Da der Baucontainer in einem Abstand von 50 cm vor dem Verkehrszeichen abgestellt war, hat sie das Verkehrszeichen „Vorrang geben“ nicht gesehen und deshalb bloß auf den Rechtsverkehr geachtet. Darin hat der OGH – in Korrektur der vom BerG vorgenommenen Verschuldensaufteilung von 3:1 zu Lasten der Lenkerin – ein gleichteiliges Mitver-

schulden gegenüber den Aufstellern des Baucontainers gesehen.

5. Nach den vom OGH benannten Kriterien für die Verschuldensteilung, nämlich Grad der Fahrlässigkeit des einzelnen Verkehrsteilnehmers, Größe und Wahrscheinlichkeit der durch das schuldhafte Verhalten bewirkten Gefahr und Wichtigkeit der verletzten Vorschriften für die Sicherheit des Verkehrs im Allg und im konkreten Fall wäre mE eine **Verschuldensteilung von 3:1 zu Lasten des Bauunternehmens eher sachgerecht** gewesen. Die ortsunkundige Lenkerin hat sich der Kreuzung ohnehin nur mit 30 km/h, also mit einer durchaus moderaten Geschwindigkeit angenähert; diese hat sie nach den Feststellungen abermals „stark reduziert“. Sie mag nicht mit Schrittgeschwindigkeit gefahren sein. Zu bedenken ist allerdings, dass man sich im Straßenverkehr auch bewegen muss – sonst kommt man nämlich nicht voran! Verkehrspsychologische Erkenntnisse lehren uns, dass der einzelne Verkehrsteilnehmer mit dem Schilderwald häufig überfordert ist, also selbst die ohne Weiteres wahrnehmbaren Verkehrszeichen nicht immer verarbeiten kann. Der OGH sinnt dem Verkehrsteilnehmer nun auch zu, auch nicht sichtbare zu erahnen oder zumindest mit solchen zu rechnen und innezuhalten, um diese aufzuspielen. Das mag vertretbar sein, ist aber jedenfalls sehr streng. Die Lenkerin konnte den Unfall – auch wegen der gebotenen Reaktion innerhalb von Sekundenbruchteilen – kaum vermeiden. Die Stärke der Zurechnungselemente ist selbst bei Annahme eines Lenkererschuldens und trotz der Zurechnung der Gefährlichkeit des Fahrzeugs nach dem EKHG mE noch immer deutlich geringer als der Vorwurf an das Bauunternehmen oder deren Arbeiter, bei deren Bauten mit Händen zu greifen war, somit eine hohe Schadenseintrittswahrscheinlichkeit bestand, dass es auf der Kreuzung alsbald „krachen“ würde, was sich denn auch bewahrheitet hat.

Christian Huber,
RWTH Aachen